

Forderungen des Frauenbeirats Marzahn-Hellersdorf zur Wahl am 26.9.2021

Demokratie ist nur mit Frauen machbar

Frauen und Männer sind nach dem Grundgesetz gleichberechtigt – von einer tatsächlichen Gleichstellung sind wir aber immer noch weit entfernt. Diskriminierung und Ungleichbehandlung aufgrund des Geschlechts sind durch die aktuelle Pandemie-Situation noch einmal besonders deutlich geworden. Es ist eine Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse in den Familien sichtbar. Frauen übernehmen noch mehr unbezahlte Sorge- und Care-Arbeit auf Grund der Schließungen von Kitas und Schulen. Und sie tragen die Hauptlasten der Krise in zwar systemrelevanten, aber schlecht bezahlten Jobs als Verkäuferinnen, Erzieherinnen, Krankenschwestern und Pflegekräfte.

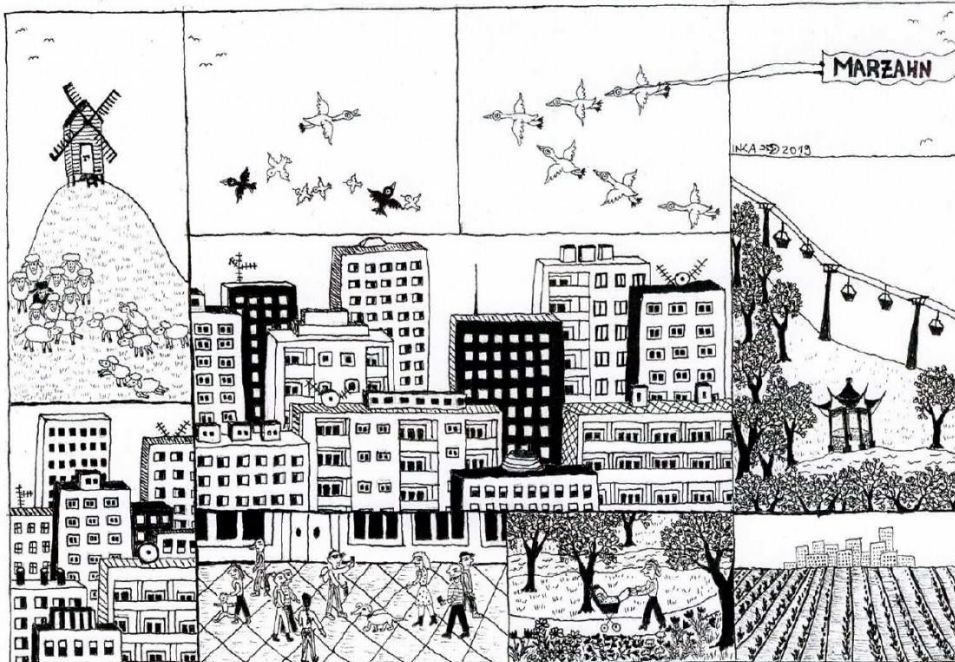
Die Lohnungleichheit und der auch daraus resultierende große Renten-Gap zwischen den Geschlechtern tragen dazu bei, dass Frauen, insbesondere Mütter, ein erhöhtes Risiko haben, zu verarmen.

Gesundheitlich sind Frauen derzeit besonders gefährdet durch das Arbeiten in Kranken- und Pflegeberufen. Auch die Versorgung im Bereich der reproduktiven Gesundheit ist derzeit nicht in ausreichendem Maß gewährleistet: Verhütungsberatung, die Versorgung bedürftiger Frauen mit kostenlosen Verhütungsmitteln, Beratung und Begleitung bei ungewollten Schwangerschaften können nicht im ausreichenden Maß gewährleistet werden. Und, erste Untersuchungen zeigen, dass häusliche Gewalt in der Krise zunimmt.

All diese Entwicklungen sind zudem eingebettet in eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung, in der Anti-Feministische Angriffe und Attacken zunehmen und gefährlicher werden. Gleichzeitig solidarisieren sich immer mehr Menschen im Kampf gegen Geschlechterdiskriminierung und Sexismus. Dies ist auch dringend nötig, denn es muss ein deutliches Zeichen gesetzt werden, nicht nur von Betroffenen, sondern von ALLEN:

Kein Sexismus – Gleichberechtigung JETZT!

Hier sind Parteien und Politikerinnen und Politiker gefordert: setzen Sie sich für Geschlechtergerechtigkeit ein! Geschlechtergerechtigkeit ist kein Randthema und muss endlich mehr in den Mittelpunkt politischen Bemühens rücken.



1. Thema Fraueninfrastruktur im Bezirk

Frauenprojekte sind wichtige und notwendige niedrigschwellige Anlaufstellen für Frauen im Bezirk. In den Frauenprojekten gibt es eine hohe Expertise zur Diskriminierungserfahrungen und Ungleichbehandlungen von Frauen. Das Angebotsspektrum ist dabei sehr vielfältig und reicht über geschlechtersensible Sozial-, Rechts-, und Anti-Gewalt-Beratung, Gruppenangeboten, Kultur, Gesundheit und Veranstaltungen und die Förderung des Frauensports. Die Förderung von Ehrenamt spielt ebenso eine große Rolle.

Wir fordern:

- Die langfristige Sicherung und den Ausbau der bestehenden Frauenprojekte in Marzahn-Hellersdorf. Dabei müssen Tariferhöhungen, Mieterhöhungen, eine Erhöhung der Personalkosten und weitere erhöhte Kosten mitberücksichtigt werden. Erhöhte Bedarfe, z.B. durch die Corona-Krise, müssen sich auch in einem Ausbau der Personalmittel widerspiegeln.
- Die weitere Förderung der Frauensporthalle Marzahn-Hellersdorf durch das Bezirksamt
- Die Berücksichtigung der migrantischen Frauenprojekte „Interkultureller Frauentreff ROSA“ von Marie e.V. und der Personalstellen für geflüchtete Frauen beim Matilde e.V im nächsten Doppelhaushalt.
- Die Förderung von Projekten gegen Mehrfachdiskriminierung, wie z.B. die Förderung von Projekten für lesbische Frauen.



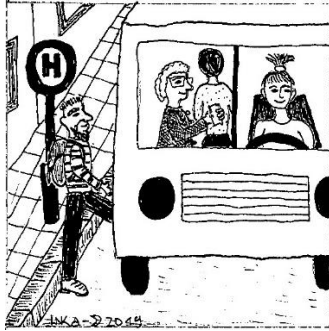
2. Thema Alleinerziehende

In unserem Bezirk machen Alleinerziehende mit ihren Kindern ein Drittel aller Familien aus. Das entspricht ungefähr einem Anteil von 12 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Ungefähr 95% der Alleinerziehenden sind Frauen. Sie haben, selbst wenn sie erwerbstätig sind, ein überdurchschnittliches Armutsrisiko sowie erheblich höhere gesundheitliche Belastungen im Vergleich zu Eltern, die in Paarbeziehungen leben. Beides wirkt sich auch nachteilig auf die Entwicklungsmöglichkeiten und die Gesundheit ihrer Kinder aus.

Alleinerziehende sind in ihrem Alltag und in ihrer steuerlichen und sozialrechtlichen Behandlung immer noch benachteiligt. Viele dieser Benachteiligungen können nur durch die Bundesgesetzgebung behoben werden. Die Bezirkspolitik kann aber mit unterstützenden Maßnahmen den besonderen Belastungen Alleinerziehender entgegenwirken. Zudem kann sie dazu beitragen, dass die besonderen Leistungen Alleinerziehender mehr gesellschaftliche Anerkennung erfahren. Eine gute Politik für Alleinerziehende fördert die Geschlechtergerechtigkeit. Sie ist durch ihre unmittelbaren Auswirkungen auf das Leben der Kinder auch Ausdruck einer kinderfreundlichen und zukunftsfähigen Kommunalpolitik.

Wir fordern:

- dass die Bezirkspolitik sich in größerem Maße als bisher der fairen und angemessenen Förderung von Alleinerziehenden als gleichberechtigter Familienform mit ihren besonderen Belastungen verpflichtet.
- eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ gute Versorgung mit kostenloser Kinderbetreuung, ergänzend auch bei atypischen Arbeitszeiten, und zusätzlichen flexiblen Angeboten der Kinderbetreuung.
- eine finanzielle Unterstützung gesundheitsfördernder Angebote mit Kinderbetreuung und/oder zeitgleichen Kinderangeboten.
- eine verlässliche finanzielle Förderung der bezirklichen Koordinierungsstelle Netzwerk Alleinerziehende.
- die Gewährleistung eines sicheren und diskriminierungsfreien Zugangs zu bezahlbarem Wohnraum.



3. Thema Kommunalpolitische Gremien

Nur durch die geschlechtergleiche Besetzung aller bezirklichen Gremien kann sichergestellt werden, dass die Situation und die Interessen von Frauen in allen Politikbereichen angemessen betrachtet und berücksichtigt werden.

Wir fordern:

- Dass in allen Ausschüssen im Bezirk Frauen und Männer gleichermaßen vertreten sind. Dies gilt sowohl für die sozialen als auch für die wirtschaftsnahen Ausschüsse.
- Dass alle Ausschüsse bei Beratungen und Entscheidungen die Auswirkungen mit Blick auf die Gleichstellung der Geschlechter berücksichtigen
- Die Beibehaltung eines Ausschusses Gleichstellung als ein wichtiges Gremium.
- Eine Erhöhung des Frauenanteils in allen Fraktionen der BVV
- Die Beibehaltung des Amtes der Gleichstellungsbeauftragten im Verantwortungsbereich der/des Bezirksbürgermeisterin / -meisters



4. Thema häusliche Gewalt

Die Corona-Situation hat zu einer vermehrten Thematisierung von häuslicher Gewalt in der Öffentlichkeit, den Medien und der Politik geführt. Die damit in Berlin begonnene Schaffung weiterer Schutzplätze ist wegweisend, um das Unterstützungssystem weiter auszubauen, denn schon vor Beginn der Corona-Pandemie gab es zu wenig Schutzplätze für Frauen und ihre Kinder. Zudem mangelte es an personellen und finanziellen Ressourcen, um eine angemessene Unterstützung und Beratung für schutzsuchende/ unterstützungssuchende Frauen und ihre Kinder, vor allem in den Randbezirken wie Marzahn-Hellersdorf, zu gewährleisten.

In unserem Stadtbezirk gibt es 2 Anlaufstellen für die Beratung gewaltbetroffener Frauen, eine vom Träger MIM e. V. im Eastgate (Marzahn) und eine vom Träger Matilde e. V. in der Stollberger Straße (Hellersdorf). Beide Beratungsstellen werden durch das Bezirksamt finanziell unterstützt. Die zur Verfügung gestellten Gelder reichen jedoch angesichts des seit Jahren steigenden Bedarfs und dementsprechende personelle Ausstattung nicht aus. Einem BVV-Beschluss und dem Engagement der Gleichstellungsbeauftragten und der Bezirksbürgermeisterin ist es zu verdanken, dass es seit 2020 im Bezirk nunmehr Schutzplätze für 4 Frauen mit max. 6 Kindern in Form von 2 Zufluchtswohnungen gibt. Aber auch das wird dem tatsächlichen Bedarf nicht gerecht!

Wir fordern:

- die Bereitstellung finanzieller Mittel des Bezirks für den Erhalt bestehender und die Einrichtung weiterer Beratungs- und Erstanlaufstellen im Bezirk zur Bekämpfung häuslicher Gewalt im Bezirk und für die qualitative Entwicklung der Beratungsstellen zu Fach- und Interventionsberatungsstellen.
- die Einrichtung eines Frauenhauses bzw. weiterer Frauenschutzplätze im Bezirk und die Unterstützung der Träger, die diese Vorhaben umsetzen
- eine aktive Kommunikation mit der Senatsverwaltung Gesundheit, Pflege und Gleichstellung hinsichtlich der Bedarfe und der Notwendigkeit des Ausbaus des Unterstützungssystems in Marzahn-Hellersdorf.